

QUEERAMNESTY

MENSCHENRECHTE . SEX . SEXUELLE ORIENTIERUNG . IDENTITÄT . GESCHLECHTSIDENTITÄT



**USA:
DON'T SAY GAY.
OR TRANS. OR DRAG.**

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



WAHLKAMPF UM QUEERE ANLIEGEN

Eigentlich ist es ein Kompliment. Klar, letztlich kopiert die wählerstärkste Partei der Nation nur (und wie immer) die Strategie der republikanischen Partei in den USA, aber ihr aktueller Kampf gegen «Woke-Wahnsinn und Gender-Gaga» illustriert, wie erfolgreich die queere Community ihre Anliegen in den letzten Jahren in die Gesellschaft getragen hat. So erfolgreich, dass die Parteistrateg*innen glauben, ihre Anhängerschaft für die anstehenden Wahlen am 22. Oktober mit einem Backlash gegen sprachliche und gesellschaftliche Inklusion mobilisieren zu können.

Und Mobilisierung ist in der Schweiz entscheidend, denn hierzulande können Parteien kaum je zulegen, weil sie es schaffen, Wähler*innen einer anderen Partei anzulocken – entscheidend ist, wie gut es ihnen gelingt, die grosse Zahl an Nicht-Wähler*innen zur Wahl zu bewegen. 2019 haben sich gerade mal 45% der knapp 5,5 Millionen Wahlberechtigten beteiligt, da gibt's also reichlich Luft nach oben. Und die Partei, die erfolgreich emotionalisiert, hat gute Chancen, auch erfolgreich zu mobilisieren.

Die Rechtspopulist*innen haben eine lange Geschichte erfolgreicher Emotionalisierung, und es sieht ganz danach aus, dass ihre Strategie auch diesmal aufgeht: Die Debatte um das von ihnen gesetzte Thema wird breit geführt und weckt enorme Emotionen. Und Umfragen zeigen aktuell, dass die rechten Parteien am 22. Oktober wohl zulegen werden können.

Dem Backlash von ganz rechts, der durchaus auch Anhänger*innen bis in die Mitte und unter links-konservativen Frauenrechtlerinnen findet, steht im Gegenzug allerdings auch eine bemerkenswerte Solidarität von anderen Seiten gegenüber. Für viele Menschen sind die Anliegen der LGBTQI*-Gemeinschaft heute Teil des eigenen progressiven Weltbilds, auch wenn sie damit direkt nicht viel zu tun haben. Während Jahrzehnten mussten Queers mehr oder weniger allein für ihre Anliegen kämpfen, heute haben wir breite Unterstützung. Das mag für Direktbetroffene des aktuellen Backlashes nur ein kleiner Trost sein, aber insgesamt ist es ein erfreulicher Fortschritt.

Und wer versuchen will, den Rechtspopulist*innen einen Strich durch die Rechnung zu machen, geht am besten einfach selbst wählen – und gibt die Stimme einer Partei, die sich für eine inklusive und diverse Gesellschaft, queere Anliegen und queere Menschenrechte einsetzt.

Ralf Kaminski, Redaktion Queeramnesty

EDITORIAL	SEITE 2
LGBTQI*-EREIGNISSE	SEITE 3
IN UGANDA DROHT QUEEREN MENSCHEN DIE TODESSTRAFE	SEITEN 4-5
EIN ERBE DES KOLONIALISMUS	SEITE 5
DON'T SAY GAY. OR TRANS. OR DRAG.	SEITEN 6-8

IMPRESSUM

ERSCHEINUNGSDATUM: September 2023 **AUFLAGE:** 1250 Stück **REDAKTION:** Marc Fehlmann (mf), Ralf Kaminski (rk), Lena Keller (lk), Klaus Lerch (kl), Corina Mühle (cm), Philip Neuberger (pn), Corin Schäfli (cs), Désirée Schmid (ds), Lily Watanabe (lw)
LAYOUT: Klaus Lerch **BILDER/ILLUSTRATIONEN:** Aleksandr Dyskin, shutterstock.com: S. 1; Ieva Ābele, Saeima: S. 3; Midjourney: S. 3; Iain Statham, shutterstock.com: S. 4; Sheila Fitzgerald, shutterstock.com: S. 6, 8 **HERAUSGEBERIN:** Amnesty International, Queeramnesty, Postfach, 3001 Bern, Schweiz

POSTKONTO: 82-645780-9 **IBAN:** CH48 0900 0000 8264 5780 9 **BIC:** POFICHBEXXX
WWW.QUEERAMNESTY.CH **INFO@QUEERAMNESTY.CH** **FACEBOOK.COM/QUEERAMNESTY.CH** **TWITTER.COM/QUEERAMNESTY**

LGBTQI*- EREIGNISSE

GOOD NEWS

GLEICHGESCHLECHTLICHE EHEN IN NEPAL

Aktivist*innen feiern ein bahnbrechendes Urteil in Nepal: Am 30. Juni hat das Oberste Gericht des südasiatischen Landes einen vorläufigen Beschluss erlassen, der erstmals gleichgeschlechtliche Ehen ermöglicht. Rund 200 Paare bereiten sich nun darauf vor, ihre Ehe öffentlich zu registrieren. Nepal ist in den letzten Jahren zunehmend progressiver geworden, nachdem 2006 ein zehnjähriger maoistischer Aufstand endete.

FRIEDHOFSBEREICH FÜR LGBTQI*

Zürichs grösste Grabstätte wird inklusiver: Auf dem Friedhof Sihlfeld gibt es erstmals einen Bereich speziell für queere Menschen. Ende August wurde das «Regenbogen»-Grabfeld eröffnet, und es hat bereits Interesse geweckt: Einige möchten sogar ihre verstorbenen Partnerinnen oder Partner dorthin umplatzen. Laut der NZZ sollen zunächst 30 Urnengräber angeboten werden, die jedoch auf 120 erweitert werden können. Die Bereitstellung eines respektvollen Ruheorts für die LGBTQI*-Gemeinschaft ist eine starke Botschaft der Solidarität und Anerkennung.



FORTSCHRITTE IM BALTIKUM

Estland hat als erstes baltisches Land ein Gesetz zur Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen verabschiedet. Die Entscheidung wird als Meilenstein für LGBTQI*-Rechte in der Region gefeiert. Sie festigt nicht nur die Rechte von gleichgeschlechtlichen Paaren in Estland, sondern unterstreicht auch die Anerkennung und Wertschätzung der queeren Gemeinschaft. Im benachbarten Lettland derweil übernimmt erstmals ein offen schwuler Mann das Präsidentenamt. Der bisherige Aussenminister Edgars Rinkēvičs (49) wurde Ende Mai vom Parlament zum Staatsoberhaupt gewählt.



BAD NEWS

RUSSLAND VERBIETET GESCHLECHTSANGLEICHENDE BEHANDLUNGEN

Die Lage für queere Menschen in Russland wird immer schwieriger. Kürzlich hat das russische Parlament einstimmig ein Gesetz verabschiedet, das geschlechtsangleichende Behandlungen für trans Personen verbietet. Ab sofort dürfen sie keine chirurgischen Eingriffe mehr durchführen lassen oder Hormonbehandlungen erhalten. Aktivist*innen verurteilen das neue Gesetz: Es sei ein bedeutender Rückschritt für LGBTQI*-Rechte in Russland und könnte zu weiterer Diskriminierung, Hass und Gewalt gegenüber queeren Menschen führen. Teil des Gesetzes sind Bestimmungen zur Annullierung von Ehen, in denen ein Partner eine Geschlechtsangleichung vorgenommen hat, sowie ein Verbot, LGBTQI*-Inhalten in positivem Licht darzustellen. Die Initiator*innen behaupten, es ginge darum, kulturelle Traditionen und Familienwerte gegen «westliche Ideologien» zu schützen.

UNGARN VERBANNT LGBTQI*-BÜCHER AUS BIBLIOTHEKEN

Ein neues «Kinderschutzgesetz» in Ungarn führte zur Entfernung von Büchern mit LGBTQI*-Inhalten aus Bibliotheken. Die umstrittene Massnahme wird international als Rückschritt für die Rechte und Sichtbarkeit der queeren Gemeinschaft angesehen. Menschenrechtsorganisationen und Aktivist*innen verurteilen das Vorgehen und fordern Ungarn dazu auf, Meinungsfreiheit und die Rechte von LGBTQI*-Personen zu respektieren.

LESBISCHE CO-MÜTTER VON GEBURTSSURKUNDEN ENTFERNT

Unter der rechtspopulistischen Regierung der neofaschistischen Premierministerin Giorgia Meloni kommen queere Rechte in Italien immer mehr unter Druck. Kürzlich hat etwa die Stadt Padua begonnen, die Namen von nicht-biologischen lesbischen Müttern auf Geburtsurkunden zu entfernen, als Folge einer neuen, traditionell familienorientierten Gesetzgebung. Dies betrifft 33 Kinder, deren Mütter im Ausland künstliche Befruchtung durchführten, was unter der vorherigen Regierung problemlos akzeptiert wurde. Die neue Regelung erlaubt jedoch nur den biologischen Elternteil auf der Geburtsurkunde und begrenzt so die Rechte des nicht-biologischen Elternteils. Sie ist Teil eines Pakets, das auch das nationale Verbot von Leihmutterchaften erweitert. Queere Gruppen protestieren gegen die neuen Gesetze; sie befürchten, dass andere, vor allem von Mitte-rechts-Regierungen kontrollierte Regionen, dem Beispiel Paduas folgen könnten. (ds)

IN UGANDA DROHT QUEEREN MENSCHEN DIE TODESSTRAFE

SEIT ENDE MAI HAT UGANDA EINES DER HÄRTESTEN ANTI-LGBTQI*-GESETZE DER WELT. WAS SAGEN QUEERE UGANDER*INNEN DAZU?

Es war eine schlimme Nachricht für alle queeren Ugander*innen: Ende Mai unterschrieb ihr Präsident Yoweri Museveni ein Anti-LGBTQI*-Gesetz, das homosexuelle Handlungen ausserordentlich hart bestraft. «Nur» queer zu sein, ist noch nicht strafbar, die «Beteiligung an homosexuellen Handlungen» stellt aber ein Verbrechen dar. Auch LGBTQI*-Aktivist*innen drohen bis zu 20 Jahren Gefängnis für das Verbreiten von «queerer Ideologie». Die Höchststrafe für homosexuelle Handlungen ist der Tod. Somit hat Uganda eines der härtesten Anti-LGBTQI*-Gesetze der Welt.

«Als ich gelesen habe, dass der Präsident dieses Gesetz unterschrieben hat, hat mich das sehr deprimiert; meine Fröhlichkeit war plötzlich weg», erzählt Tharcille. Sie verliess Uganda vor zwei Jahren, weil sie Angst hatte, wegen ihrer sexuellen Orientierung umgebracht zu werden. Erzählt, dass sie lesbisch ist, hat sie dort niemandem. «Schon bevor die Todesstrafe offiziell eingeführt wurde, wurden queere Menschen getötet», sagt sie. Tharcille lebt seit wenigen Monaten in der Schweiz, hier kann sie sein, wie sie ist – und nimmt auch freudig an Prides teil. Sie wünscht sich, dass alle Menschen gleichbehandelt werden – egal, woher sie stammen und wen sie lieben.

Für Tharcille ist klar: Damit sich in ihrem Land je etwas ändert, muss der Präsident wechseln. Yoweri Museveni (78)

ist seit 37 Jahren im Amt. Berichte bringen ihn in Verbindung mit einer fundamentalistisch-evangelikalen US-Organisation namens The Family (auch als The Breakfast Movement oder The Fellowship Foundation bekannt). Sie gilt als gut vernetzt und finanziell potent.

GESCHLAGEN UND IN GROSSER ANGST

Geschockt von der neuen Gesetzeslage in Uganda ist auch Gladys: «Ich war fassungslos, traurig, gebrochen und voller Schmerz, nicht nur für mich, sondern auch für die gesamte LGBTQI*-Gemeinschaft.» Als sie in Uganda lebte, war sie nicht öffentlich geoutet. «Es war schwierig und kompliziert, meine sexuelle Orientierung herauszufinden, und es dauerte einige Zeit, bis mir klar war, dass ich lesbisch bin. Es brachte zudem zahlreiche Herausforderungen mit sich, darunter Diskriminierung sowie Ablehnung durch meine unmittelbare Familie und Verwandten», erzählt sie. Ihre Eltern sagten ihr, sie sei nicht mehr willkommen. Doch es kam noch schlimmer: Gladys wurde sogar verhaftet, weil sie sich als queer identifiziert. «Ich wurde schlimm geschlagen und lebte in grosser Angst», schildert sie. Niemand wollte sich mehr mit ihr abgeben; sie verlor alles und sah nur noch einen Ausweg: die Flucht. Seit sie in der Schweiz lebt, spürt sie ein Gefühl der Zugehörigkeit, das sie vorher nicht hatte: «Ich bin stolz darauf, dass ich meinen Safe Space gefunden habe.»

Für ihr Heimatland fürchtet sie derweil das Schlimmste, sogar dass aufgrund des neuen Gesetzes ein Genozid an queeren Menschen stattfinden könnte: «Einige Geistliche und religiöse Führer sprechen sich offen dafür aus.» In jedem Fall würden viele Menschen ihr Recht auf freie

GAY PRIDE IN UGANDA: Die Aufnahme stammt aus dem Jahr 2014 – heute wäre so eine Veranstaltung wohl nicht mehr denkbar.



Meinungsäusserung verlieren, einige von ihnen indirekt, andere direkt angegriffen werden.

Trotz allem Negativen, das sie erlebt hat, ist Gladys positiv gestimmt, dass sich noch zu ihren Lebenszeiten etwas ändern wird, denn in den letzten Jahrzehnten hat sich für die Rechte von queeren Menschen vieles gebessert. «Das Tempo des Wandels variiert halt von Region zu Region und von Kultur zu Kultur», fügt sie hinzu. In Uganda brauche es für einen Wandel Aufklärung, Sensibilisierung, Respekt für verschiedene sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten, Antidiskriminierungsgesetze sowie soziale Akzeptanz und Unterstützung.

Doch dieser Wandel wird wohl noch eine Weile auf sich warten lassen. Anfang Juli behaupteten ugandische Abgeordnete im EU-Parlament, dass es sich bei dem neuen Gesetz «nicht um Diskriminierung handelt». Und weiter: «Das Todesurteil ist für schwere Straftaten. Wir verfolgen beide, Homosexuelle und Heterosexuelle.» Eine botswanische Abgeordnete betonte, dass Uganda nicht repräsentativ sei für den Kontinent: «Afrika ist riesig. Es ist wichtig zu erkennen, dass die Ansichten Ugandas und anderer Länder zu LGBT-Rechten nicht zwangsläufig die Ansichten meines Landes sind.» Dennoch ist die Lage für queere Menschen in vielen Ländern Afrikas schwierig – und einige lassen sich nun von dem neuen harten Gesetz in Uganda inspirieren. In anderen wie etwa dem benachbarten Burundi stehen homosexuelle Handlungen schon seit 2009 unter Strafe. Es drohen Gefängnis- oder Geldstrafen. Burundi kennt kein Antidiskriminierungsgesetz.

GROSSER EINFLUSS VON EVANGELIKALEN AUS DEN USA

Rund 85 Prozent der Bevölkerung in Uganda gehören dem Christentum an, 14 Prozent sind Muslime. Die britische Kolonialherrschaft endete 1962, dennoch besuchten religiöse Missionare das Land weiterhin, darunter auch viele sehr konservative, homophobe Evangelikale aus den USA, die einen grossen Einfluss auf die Haltung der Gesellschaft haben. So gibt es heute zahlreiche Kirchen, die von solchen Pastoren geleitet werden, andere haben Verbindungen zur Kirche von England.

Dennoch leben weiterhin viele queere Menschen in Uganda (offizielle Zahlen gibt es nicht) – längst nicht alle hatten das Glück, wie Gladys und Tharcille in einem sicheren Land unterzukommen. Für sie gibt es nur sehr wenige Safe Spaces, in denen sie keine Angst haben müssen. «Die anhaltende Diskriminierung, die Stigmatisierung und potenzielle Bedrohungen sind sehr belastend», sagt Gladys. «Bei einigen führt dies zu grosser Traurigkeit bis hin zu Selbstmordgedanken, andere sehen sich gezwungen, ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität zu verbergen, um sich selbst zu schützen.» Laut der LGBTQI*-Hilfsorganisation Rainbow Railroad hat die neue Gesetzgebung in Uganda einen direkten Zusammenhang mit der Zunahme der Flüchtlingszahlen. Dieses Jahr haben sie bereits über 460 Hilfesuche von queeren Ugander*innen erhalten. «Das ist ein starker Anstieg gegenüber den Vorjahren», so die Organisation. (cm)

EIN ERBE DES KOLONIALISMUS

AMNESTY INTERNATIONAL HAT SICH IN EINER STUDIE MIT DEN URSACHEN VON LGBTQI*-FEINDLICHEN GESETZEN IN UNTERSCHIEDLICHEN LÄNDERN BESCHÄFTIGT. DIESE STAMMEN HÄUFIG NOCH AUS DER FRÜHEREN KOLONIALZEIT – ABER NICHT IMMER.

Derzeit kriminalisieren laut ILGA 62 von 193 Uno-Mitgliedern einvernehmlichen Sex zwischen Erwachsenen des gleichen Geschlechts. 67 Staaten kriminalisieren sogar weitere Aspekte von queeren Lebensformen. Weil viele davon ehemalige Kolonien sind, hat Amnesty International eine Studie über die Ursachen von LGBTQI*-feindlichen Gesetzen in diesen Ländern durchgeführt, deren Resultate nun vorliegen. Die Studie «Colonialism and Sexual Orientation and Gender Identity» zeigt auf, dass aktuelle Menschenrechtsverletzungen gegenüber queeren Menschen in jenen Staaten zum grössten Teil auf Gesetze der ehemaligen Kolonialmächte zurückzuführen sind.

URSPRÜNGLICHE KULTUR ZERSTÖRT

Die Studie konzentriert sich dabei auf Subsahara-Afrika und den indischen Subkontinent. Ehemalige spanische und portugiesische Kolonien werden nicht berücksichtigt, weil dort die aktuelle Lage nicht auf die Gesetzgebung der früheren Machthaber zurückgeführt werden kann. Aufgezeigt wird unter anderem, wie durch die Dominanz der ehemaligen Kolonialmächte vor allem in der Gesetzgebung sowie durch christliche Missionierung die Kulturen der kolonisierten Ethnien zerstört wurden. Daraus resultieren bis heute negative Folgen für queere Menschen. An den Beispielen von Kenia, Uganda, Sierra Leone, Bangladesch, Pakistan und Indien wird zudem aufgezeigt, wie viktorianische Gesetze der Briten nach der Unabhängigkeit dieser Nationen übernommen wurden. Mit der Ausnahme von Indien werden gleichgeschlechtliche Handlungen und Lebensformen deshalb dort noch immer kriminalisiert.

CHRISTLICHER EXPORT AUS DEN USA

Doch nicht überall sind allein die Gesetze aus der Kolonialzeit für die schwierige rechtliche Lage queerer Menschen verantwortlich. Die unabhängige internationale Medienplattform «Open Democracy» hat letzten Herbst nachgewiesen, dass evangelikale Gruppen aus den USA seit 2007 über 50 Millionen Dollar in Subsahara-Afrika investiert haben, davon alleine 20 Millionen in Uganda, um damit verschärfte Gesetze gegen queere Menschen und deren gesellschaftliche Ächtung zu fördern. Die eingeführte Todesstrafe für Homosexuelle in Uganda, aber auch die jüngsten Bestrebungen gegen queere Menschen in Kenia und Ghana sind direkte Folgen dieses «christlichen» Exports aus den USA.

Als leuchtendes Gegenbeispiel steht dagegen die Republik Südafrika, die 1961 unabhängig wurde. Sie schrieb 2006 die erste Verfassung der Welt, die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung verbot, und sie war das erste Land Afrikas, das die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnete. Allerdings hinkt die gesellschaftliche Akzeptanz den fortschrittlichen Gesetzen noch etwas hinterher.

(mf)

WWW.AMNESTY.ORG/EN/DOCUMENTS/IO40/6862/2023/EN/



DON'T SAY GAY. OR TRANS. OR DRAG.

IN DEN USA ERGIESST SICH SEIT EINIGEN MONATEN EINE FLUT AN LGBTQI*-FEINDLICHEN GESETZEN IN EINZELNEN BUNDESSTAATEN. WIR ERKLÄREN DIE HINTERGRÜNDE.

Die politische Landschaft der USA ist seit Jahren ein Schauplatz gesellschaftlicher Risse, populistischer Grabenkämpfe und ideologischer Grundsatzdebatten. Die Jahre vor der Pandemie waren noch vor allem von Xenophobie, Migrant*innenfeindlichkeit und Rassismus geprägt – und es gelingt der republikanischen Partei auch weiterhin, die Biden-Regierung vor sich herzutreiben und sie zu drängen, wie jüngst wieder verschärfte Asylgesetze zu erlassen. Aufgrund dieses unbehaglichen Schulterschlusses der beiden Parteien hat sich die gesellschaftliche Debatte um Migration inzwischen etwas beruhigt. Da die Republikaner*innen unter dem Einfluss von Ex-Präsident Donald Trump jedoch immer populistischer und extremer geworden sind, braucht es neuen Zündstoff für die Wähler*innenbasis. So stehen nun seit verganginem Jahr wieder vermehrt Mitglieder der LGBTQI*-Community im Fadenkreuz der Partei – allen voran trans Menschen und Dragperformer*innen.

ERSCHRECKENDES BEISPIEL IN FLORIDA

Auf nationaler Ebene sind diese Kämpfe – trotz eines republikanisch dominierten Obersten Gerichts – schwer zu führen, deshalb konzentrieren sich die Versuche, Queerfeindlichkeit in Gesetze zu gießen, vor allem auf die republikanisch regierten Bundesstaaten. Laut der Webseite translegislationbills.com, die von unabhängigen amerikanischen Forschungsinstituten betrieben wird, sind zur Zeit landesweit 566 Gesetzesentwürfe gegen trans Menschen pending. 80 davon wurden bereits in Kraft gesetzt, 128 sind gescheitert.

Ein erschreckendes, medienwirksames Beispiel für diskriminierende Gesetzgebung ist das sogenannte «Don't Say

Gay»-Gesetz der DeSantis-Regierung in Florida. Es verbietet die Aufklärung über nicht-heterosexuelles Begehren und nicht-cisgeschlechtliche Identitäten in Schulen – das geht soweit, dass Lehrpersonen rechtlich verfolgt und Bücher aus Schulbibliotheken entfernt werden können. Viele andere Bundesstaaten, darunter auch das demokratisch regierte Michigan, verhandeln momentan ähnliche Gesetze. Sie alle werden von republikanischen Politiker*innen angeblich zum Schutz der Kinder eingebracht und bedienen sich dazu auch Methoden der Zensur. Das ist nicht ohne Ironie: Im Juni 2023 hatte das Oberste Gericht mit den Stimmen der dominierenden Konservativen faktisch die Diskriminierung von LGBTQI*-Personen in bestimmten Fällen erlaubt. Und zwar unter Berufung auf den ersten Verfassungszusatz, der allen Amerikaner*innen das Recht auf «freie Rede» und somit ein Leben ohne Zensur zugesteht. Sie sollen «so denken und sprechen können, wie sie wollen, und nicht, wie es die Regierung verlangt». Und nun verlangt also die Regierung von Lehrpersonen und Bibliotheken, nicht über queeres Leben zu sprechen.

AFFIRMATIVE MEDIZIN FÜR TRANS JUGENDLICHE VERBOTEN

Darüber hinaus erlebten vor allem junge trans Personen und transgeschlechtliche Kinder Rückschläge, wenn es etwa um den Zugang zu teils lebensrettenden Medikamenten und geschlechtsangleichenden Behandlungen geht. Lebensrettend deshalb, weil Hormontherapien und Pubertätsblocker erwiesenermassen Depressions-, Selbstverletzungs- und Suizidraten unter den betroffenen Jugendlichen senken. In Florida können Ärzt*innen queeren Menschen mittlerweile sogar die Behandlung verweigern. Arkansas preschte mit einem besonders extremen Gesetz voran, das sämtliche affirmative Medizin für trans Jugendliche verbietet und sie faktisch zwingen sollte, die Pubertät gemäss ihrem zugewiesenen Geschlecht zu durchlaufen. Selbst dem republikanischen Gouverneur war der Entwurf «zu extrem» – er legte sein Veto ein, wurde jedoch überstimmt. Erst ein Gerichtsbeschluss konnte das Gesetz letztlich verhindern. Zu diesem Zeitpunkt jedoch hatten die diskriminierenden Gesetze bereits Schule gemacht: In Georgia und Tennessee sind sie inzwischen in Kraft, in Florida, Indiana und Alabama wurden die Beschlüsse vorübergehend ausgesetzt – mit ungewissem Ausgang. Hinzu kommen teils Ergänzungen, die trans Kindern das Sporttreiben oder die Benutzung von Toiletten verbieten, die ihrer Geschlechtsidentität entsprechen.

RECHTE ANGRIFFE AUF DRAG

Eher überraschend ist auch ein weiteres Ziel für Attacken von rechts: Drag. In diversen Kulturen und über Epochen hinweg traten Menschen als hyperfeminine oder hypermasculine Personas vor Publikum auf. Oft wird Drag heute auf Crossdressing reduziert, also das «Verkleiden» von Männern als Frauen und Frauen als Männern. Dabei geht die Kunstform weit über die binäre Geschlechtsordnung hinaus – gerade indem sie sie mit Schminke überzeichnet, mit Kleidung ästhetisiert und sie oft performativ ad absurdum

führt. Eine Dragpersona kann im Gegensatz zum Geschlecht des*der Performer*in stehen, muss es aber nicht: Es gibt sowohl Frauen als auch Männer und nonbinäre oder trans Personen, die als Dragqueens, Dragkings oder Dragquings auftreten.

ALTE MÄR ERFOLGREICH INSTRUMENTALISIERT

Ihre Auftritte finden traditionellerweise im Rahmen des queeren Nachtlebens statt, oft als Showeinlagen in Clubs oder Bars. Die erfolgreiche Reality-TV-Show «RuPaul's Drag Race» hat Drag in den vergangenen Jahren weltweit bekannt und beliebt gemacht. Dragqueens sind in der Werbung zu sehen, leiten Modelabels, touren mit aufwendigen Bühnenshows, verkaufen Makeup-Paletten, lip-synchen bei sonntäglichen Brunches und lesen Kindern bei speziellen Veranstaltungen aus Büchern vor, welche die Vielfalt von sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten kinderfreundlich thematisieren.

Und hier hakt nun die rechte Empörungsmaschinerie der Republikaner ein: Kinder mit Dragperformer*innen, das geht zu weit! In Tennessee sollte ein Gesetz Dragshows stark regulieren – an vorderster Front kämpfte dafür ein Gouverneur, der in seinen Collegejahren selbst einmal im Cheerleader-Kostüm fotografiert wurde. Derzeit wird vor Gericht um eine abgeschwächtere Version gestritten.

Ähnlich den «Don't Say Gay»-Gesetzen oder den russischen Gesetzen gegen die «Propaganda» von Homosexualität setzt hier ein uralter Reflex ein, der scheinbar einfach nicht totzukriegen ist: Die Angst, dass Kinder selbst queer werden, wenn sie mit diesem Thema auch nur in Berührung kommen. Dahinter wiederum steckt die Vorstellung, dass sexuelle Orientierung und Geschlechtsausdruck eine bewusste Entscheidung seien, die beeinflusst werden kann – beziehungsweise zur Konformität hin beeinflusst werden muss. Die Mär ist längst als Unsinn entlarvt, hält sich aber hartnäckig – oder wird zumindest sehr erfolgreich politisch instrumentalisiert.

WAS IST DAS ZIEL?

Auch in Zürich wurde eine Drag-Lesung im Tanzhaus von einer rechtsextremen Gruppierung attackiert. Die SVP in der Schweiz und die AfD in Deutschland verbreiten Schreckens Erzählungen über diese vermeintliche «Beeinflussung» oder «Agenda» oder «Propaganda» durch Dragqueens. In den USA ist von «grooming» die Rede, ein Begriff, der Drag auf perfide Weise in die Nähe von Pädophilie rückt und die Vorstellung verbreitet, die Performer*innen würden sich gewissermassen gefügige junge queere Menschen «heranzüchten», um... ja wozu eigentlich? Um sie zu missbrauchen? Um ihre vermeintliche Agenda voranzutreiben, deren Ziel es laut der verschwörungsgläubigen republikanischen Abgeordneten Marjorie Taylor Greene ist, dass «in vier oder fünf Generationen niemand mehr heterosexuell sein» werde? Wirklich?

Was also ist das Ziel hinter all diesen diskriminierenden Gesetzen? Wer soll genau wovor geschützt werden? Geht es wirklich um die Kinder? Oder vielmehr um den Versuch, >

DON'T SAY GAY. OR TRANS. OR DRAG.

- > ein konservatives Weltbild zu erhalten, das eine Mehrheit der Bevölkerung mittlerweile nicht mehr zeitgemäss findet? Oder vielleicht auch nur um die Emotionalisierung und Mobilisierung der republikanischen Wählerbasis im Hinblick auf die nächsten Wahlen im Herbst 2024?

Viele rechte und rechtsextreme Politiker*innen in den USA (und weltweit) reden mittlerweile offen von einem

«Kulturkampf». Sie stellen sich wahlweise gegen die «Dekadenz», die «Indoktrinierung», die «Verweichlichung» oder wollen Kinder oder die traditionelle Familie «schützen». Und dieser Kulturkampf folgt ganz klassisch den manipulativen Sündenbock-Mechanismen, die sich historisch jede faschistische Bewegung zu Nutzen gemacht hat: Marginalisierte Gruppen innerhalb der Gesellschaft als Feindbilder definieren und durch Unterstellungen, Hetze und diskriminierende Gesetze deren Existenz be-

kämpfen. Es lenkt auch sehr effektiv ab von all den unsozialen republikanischen Gesetzesvorhaben, der Aushebelung des ohnehin schon verschwindend kleinen Sozialstaats der USA, dem Öl-Lobbyismus, einer landesweiten Opioidkrise, die eng mit einem korrupten Gesundheitssystem in Zusammenhang steht, einer immer weiter wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit sowie der allmählichen Abschaffung von Grundrechten wie dem Recht auf körperliche Selbstbestimmung und dem Zugang zu Abtreibungen. Dass es diesmal unsere Community trifft, und dass sich der Kampf speziell gegen queere Kinder und Jugendliche richtet, schmerzt dabei besonders. Man kann nur hoffen, dass es sich lediglich um einen vorübergehenden Backlash handelt, der gewissermassen eine erwartbare Reaktion auf die immensen Fortschritte ist, welche die LGBTQI*-Bewegung in den letzten Jahrzehnten errungen hat.

LETZTLICH EIN MACHTKAMPF

Wir befinden uns gesellschaftlich auf Messers Schneide: Es macht Hoffnung, dass grosse Teile der Bevölkerung inzwischen akzeptieren, dass die binäre Geschlechtsordnung mindestens diskutabel ist. In der Schweiz identifizieren sich atemberaubende 13 Prozent der Bevölkerung selbst als genderfluid, nonbinär oder trans. Umso stärker ist auf konservativer und reaktionärer Seite die Angst vor der ungewissen Zukunft, die uns erwartet, wenn wir das strenge, biologistisch-patriarchal-heteronormative Mann-Frau-Schema hinter uns lassen. Immerhin sind damit immense Privilegien, Machtansprüche und Ausbeutungsverhältnisse verbunden. Es handelt sich also im Kern nicht um einen Kulturkampf, sondern um einen Machtkampf. Und das sollte mindestens ein Weckruf an uns sein, weiter für unsere Rechte zu kämpfen. (pn)

MACH UNS FIT FÜR DIE ZUKUNFT!

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung, die sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzt – und zwar ganz konkret für tausende Menschen in Gefahr. Die Gruppe Queeramnesty engagiert sich innerhalb der Schweizer Sektion von Amnesty International spezifisch im Bereich sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität.

FINANZVERANTWORTLICHE* R

(10% EHRENAMT)

Für den Finanzbereich von Queeramnesty suchen wir eine engagierte Person. Hast du Interesse und Zeit, in einem motivierten Team mitzuarbeiten?

- Du bist verantwortlich für die Buchhaltung und Jahresrechnung von Queeramnesty.
- Du autorisierst die Auszahlung von Rechnungen und Spesenrückerstattungen.
- Du wirkst im Bereich Fundraising mit und bist Teil der Gruppenkoordination (Vorstand) von Queeramnesty.
- In deinem Rucksack bringst du eine kaufmännische/ betriebswirtschaftliche Ausbildung oder praktische Erfahrung in einer Vereinskassabuchhaltung mit doppelter Buchführung mit.
- Wir bieten ein attraktives Lernfeld in einer bekannten NGO, interessante Weiterbildungsangebote und ein Zertifikat für die Freiwilligenarbeit.
- Wir sind offen für neue und kreative Ideen.

CO-GRUPPENLEITUNG

(10 % EHRENAMT)

Für die Co-Leitung von Queeramnesty suchen wir eine Person.

- Als Gruppenleiter*in lenkst du die inhaltliche und politische Arbeit von Queeramnesty. Dazu zählen Kampagnen, Aktionen, sowie unsere Arbeitsgruppen (inkl. dem Begleitangebot für Asylsuchende).
- In deinem Rucksack bringst du eine Hand voll Organisationsgeschick und Projekterfahrung mit. Dadurch behältst du auch in stürmischen Zeiten die Ruhe und den Überblick.
- Du kennst die politische Landkarte der Schweiz und nutzt mit deiner neuen Aufgabe Chancen, dich im In- und Ausland zu vernetzen.
- Du hast Freude an öffentlichen Auftritten.
- Mit deinem Kopf voller Ideen reisst du andere Mitglieder mit.

ETWAS FÜR DICH?

Dann schicke uns dein Motivationsschreiben inkl. CV: SERVICE@QUEERAMNESTY.CH

